

Antrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

Plebiszit in Chile

Am 11. September 1973 haben die chilenischen Streitkräfte unter dem Oberbefehl von General Pinochet die demokratisch gewählte Regierung unter Präsident Allende gestürzt, die demokratische Verfassung außer Kraft gesetzt und eine Diktatur errichtet, die sich auf den staatlichen Terror stützt. Im siebten Jahr des Terrors, 1980, hat die Diktatur über ein erzwungenes und betrügerisches Plebiszit eine „Verfassung“ in Kraft gesetzt, deren einziges Ziel es ist, das Regime langfristig institutionell abzusichern. Mit systematischer Unterdrückung sollte und wurde die Überausbeutung der arbeitenden Bevölkerung, der Ausverkauf des nationalen Reichtums und die Zerstörung der Umwelt im Dienste des kapitalistischen Weltmarktes fortgeschrieben. Für 1988 sieht die „Verfassung“ ein neuerliches „Plebiszit“ vor. Dieses erfüllt weder von der Intention her noch vom Verfahren die Mindestbedingungen, die an eine wirkliche Volksabstimmung gestellt werden müssen. Es eröffnet auch nicht den Weg zur Demokratie.

Im Falle eines nur durch Betrug zu verhindernden „Nein“ der Bevölkerung zu Pinochet oder einer anderen Figur des Staatsterrorismus bleibt die Diktatur dennoch ein weiteres Jahr im Amt. Danach würde es zwar Wahlen mit mehreren Kandidaten geben, von denen nach Artikel 8 der „Verfassung“ von 1980 aber Marxisten, Befürworter des Rechtes auf Widerstand und „Feinde der Familie“ ausgeschlossen blieben. Solche „Wahlen“ würden zu einem „Parlament“ führen, das angesichts der Machtkonzentration in den Händen der Exekutive und des Vetorechtes des von den Streitkräften beherrschten „Nationalen Sicherheitsrates“ gegenüber sämtlichen Verfassungsorganen eine reine Farce darstellen würde.

Der Bundestag wolle beschließen:

Deshalb erklärt der Deutsche Bundestag:

— Auf der Basis der „Verfassung“ von 1980 kann es in Chile keine Demokratie geben. Genauso wenig ist das „Plebiszit“ für einen Übergang zur Demokratie geeignet.

- Allein die soziale und politische Mobilisierung der breiten Bevölkerungsmehrheit, unterstützt durch internationale Solidarität, kann in Chile die Rückkehr zur Demokratie ermöglichen.
- Nur so können freie Wahlen durchgesetzt werden.

Der Deutsche Bundestag nimmt zur Kenntnis, daß chilenische Oppositionsparteien unter dem Diktat des Militärs zur Einschreibung in die Wählerlisten für das „Plebiszit“ aufgerufen haben in der Hoffnung, über ein „Nein“ die Diktatur zu Fall bringen zu können.

Der Deutsche Bundestag beschließt, keine Beobachter zum „Plebiszit“ zu entsenden, weil dies einer Anerkennung der Diktatur, ihrer „Verfassung“ und ihres „Plebiszit“-Manövers gleichkäme.

Der Deutsche Bundestag beschließt, statt dessen zum geeigneten Zeitpunkt mit einer Delegation nach Chile zu fahren, um die Ablehnung der „Verfassung“ von 1980 und des darauf fußenden „Plebiszit“ durch die internationale Gemeinschaft unmißverständlich klarzumachen und die chilenische Bevölkerung in ihrem Kampf gegen die Diktatur zu bestärken.

Der Deutsche Bundestag fordert das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der europäischen Staaten auf und bittet Gewerkschaften, Kirchen, soziale Organisationen und Menschenrechtsorganisationen, ebenfalls keine Beobachter zur „Plebiszit“-Farce zu schicken.

Bonn, den 19. Mai 1988

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion